

Ä1 Keine Profite mit der Miete! - Leitantrag

Antragsteller*in: Alexander Kräß (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

Änderungsantrag zu A6

Von Zeile 89 bis 91:

1. Wir fordern die Bundesregierung und den Berliner Senat auf, ~~bezahlbaren Wohnraum massiv zu fördern und sicherzustellen, dass dieser auch langfristig zur Verfügung steht.~~ den Neubau von bezahlbarem Wohnraum massiv zu fördern und sicherzustellen, dass über das Mietrecht bestehender Wohnraum bezahlbar gehalten wird. Mietpreisregulierungen müssen auch für möblierte Wohnungen gelten. Luxussanierungen dürfen nicht zu einer massiven Erhöhung der Miete führen.

Von Zeile 95 bis 101:

3. Frühzeitige Unterstützungssysteme müssen ausgebaut werden, um Menschen in finanziellen Schwierigkeiten schnell und unbürokratisch zu helfen. Präventive Sozial- und Schuldnerberatungen in den Bezirken sind stärker zu fördern, um Betroffene bereits vor einem möglichen Wohnungsverlust zu unterstützen.

4. Spezielle Hilfsprogramme für Menschen mit Migrationshintergrund ~~und Frauen, die von Gewalt betroffen sind,~~ sollen entwickelt und finanziell unterstützt werden. Die bestehenden Angebote an Frauen*häusern müssen ausgedehnt werden, um deren erhöhtes Risiko für ~~Wohnungslosigkeit/Obdachlosigkeit~~ zu senken. 5. Gleichzeitig brauchen wir eine deutliche Erhöhung der Mittel für Notunterkünfte für Obdachlose in den Bezirken sowie den Ausbau von ASOG-Unterkünften, um eine kurzfristige Unterbringung von in Obdachlosigkeit abrutschenden Menschen zu ermöglichen.

Von Zeile 147 bis 150:

dass vermehrt auf andere Möglichkeiten zurückgegriffen wird. Wohnraum kann intergenerationell getauscht werden, ~~Büroflächen~~ Büro- und Gewerbeflächen sollten zu Wohnflächen umgebaut werden, die entsprechenden Bebauungsplanverfahren einfacher umzugestalten sein und es müssen mehr Anreize zum Substanzerhalt gegeben werden, wenn ein Abriss und Neubau geplant ist. Wir sprechen uns klar dagegen aus, dass Gewerbeimmobilien ohne jeglicher Genehmigung abgerissen werden dürfen.

Von Zeile 152 bis 159:

verantwortlich. Damit ist die flächendeckende energetische Sanierung des Gebäudebestandes eine entscheidende Stellschraube. ~~Auch hier ist die langfristige Lösung für eine sozial gerechte Umsetzung, den Anteil der kommunalen Wohnungen zu erhöhen. Nur so kann gemeinwohlorientiertes, demokratisches Handeln gesichert werden. Wir fordern eine jährliche Sanierungsquote von 10 Prozent. Dabei dürfen Mieter*innen jedoch nicht zusätzlich belastet werden. Wir brauchen rechtliche Regelungen, die Vermieter*innen zu einer Sanierungsquote von jährlich 10% anreizen und gleichzeitig sicherstellen, dass Mieter*innen nicht erheblich von dieser belastet werden dürfen.~~ W Deswegen sollen die Kosten für die Sanierungen durch eingesparte Heizkosten, den Berliner Senat und den/die Vermieter*in finanziert

Von Zeile 162 bis 163:

Das Grundproblem heißt ~~Kapitalismus~~ Spekulation und unregulierter Kapitalismus. Wenn Wohnungen als Ware gesehen werden und der Profitlogik unterliegen, kann nicht gleichzeitig im Sinne des Allgemeinwohls

Von Zeile 177 bis 180 einfügen:

- Wohnungen oder Bauland aus der öffentlichen Hand an private Unternehmen verkauft werden und der kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbau in Berlin ausgebaut wird. Ziel muss dabei sein bis 2050 70% der Wohnungen in landeseigener oder genossenschaftlicher Haben zu haben. Nur so kann langfristig bezahlbarer Wohnraum gewährleistet werden.

In Zeile 187 einfügen:

- das Nutzen des Vorkaufrechts in notwendigen Fällen sowie die finanzielle Stärkung von Mieter*innen, dass sie im Fall einer Veräußerung ihrer Wohnung diese auch eigenständig kaufen können.